

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 57 (1984)

Heft: [5]

Artikel: Demokratie - Realität oder nur Dekoration?

Autor: Blum, Andreas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852188>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leser

In den westlichen Demokratien taucht immer häufiger das Wort von der Unregierbarkeit auf. Dies trifft auch für die Schweiz zu. Man hat oft das Gefühl, es werde nicht mehr regiert, sondern nur noch verwaltet. Von den Regierenden werden keine mutigen Entscheide mehr gefällt, wie z.B. im Falle des Waldsterbens. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen und im Parlament diskutierten Massnahmen bleiben voraussichtlich wirkungslos und machen den Eindruck einer Alibiübung. Die Bürger dieses Landes quittieren diese Situation mit Stimmabstinenz und Resignation.

In einem solchen Klima Staatskundeunterricht zu erteilen und die Jungen für diesen Staat zu begeistern, sie zum Engagement zu motivieren, fällt schwer. Trotzdem: Resignation des Lehrers wäre falsch. Wir haben nur eine Zukunft, wenn wir unsere Demokratie, immer noch die beste aller möglichen und uns bekannten Regierungsformen, am Leben erhalten. Der Vortrag von Andreas Blum gibt einige Anregungen, wie man als Lehrer und Verantwortlicher für die Heranbildung der Jungen zu Staatsbürgern an das Thema herangehen kann.



Demokratie – Realität oder nur Dekoration?

Oder: das «helvetische Malaise» als Dauerthema

von Andreas Blum, Programmdirektor DRS, Stettlen bei Bern

Vortrag, gehalten anlässlich der bildungspolitischen Veranstaltungen des Feusi Schulzentrums am 1. März 1984

I Vorbemerkungen

Dass wir die Frage so stellen, ist an sich schon ein Symptom:

- ein Symptom dafür, dass uns die Sicherheit abhanden gekommen zu sein scheint, wenn von Demokratie die Rede ist;
- ein Symptom für ein lähmendes, schwer erklärbares Unbehagen.

Es gibt da einen dumpfen Verdacht: dass Demokratie zur Leerformel, zur Worthölse verkommen ist, und – bei Lichte betrachtet – sind nur spärliche Signale der Ermutigung in Sicht, geeignet, drohender Resignation entgegenzuwirken.

Herausgeber / Editeur: Verband Schweiz. Privatschulen / Fédération Suisse des Ecoles privées

Redaktion / Rédaction: Dr. Fred Haenssler, Alpeneggstrasse 1, 3012 Bern, Telefon 031 / 23 35 35

Druck / Impression: Ott Verlag+Druck AG, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Inserate / Annonces: Ott Verlag Thun, Postfach 22, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Jahres-Abonnemente / Abonnement annuel: Fr. 30.– / Einzelhefte / Numéros isolés: Fr. 3.–

Erscheinungsweise / Mode de parution: Monatlich / Mensuel

Ich halte diese Unsicherheit für etwas Positives. Diese Irritation ist notwendig, weil sie die Voraussetzung darstellt, damit überhaupt etwas geschieht, dass sich etwas verändern kann. Soll Demokratie Realität sein, muss sie sich selbst in Frage stellen; und wir – als Demokraten – müssen fragen. Fragen zu stellen – auch und gerade unbequeme Fragen – ist besser, als immer die gleichen gestanzten Antworten aus der Schublade zu ziehen.

A propos: Die Sterilität der öffentlichen Diskussion über Demokratie und andere Grundfragen unseres Staatswesens, diese Ritualisierung, die zurückgreift auf immer die gleichen Klischees, hat meines Erachtens sehr direkt etwas zu tun mit der inneren Verfassung unserer Demokratie, mit dem Verlust an politischer Kultur.

Dennoch, ich halte es für ein Privileg, mich zu diesen Fragen hier äussern zu dürfen – wie ich es überhaupt für ein Privileg halte, dass in diesem Land solche Fragestellungen möglich sind. Anderswo wird die Frage nach der Demokratie gar nicht gestellt, weil sie obsolet ist, oder sie darf nicht gestellt werden – in totalitären Staaten zur Linken wie zur Rechten –, weil das gegen die verordnete Bürgertugend der fraglosen Unterwerfung verstösst. In sehr vielen Ländern schliesslich mutet diese Fragestellung an wie eine intellektuelle Spielerei, wie ein Luxusartikel, in jenen Ländern der Dritten und Vierten Welt nämlich, wo Millionen von Menschen primär damit beschäftigt sind, ihre nackte physische Existenz von einem Tag in den anderen hinüberzueretten.

Das alles sollten wir nicht vergessen, wenn wir heute abend hier – in der friedlichen und friedfertigen Schweiz – von Demokratie reden.

Noch etwas: Was ich zu sagen habe, sage ich pointiert.

- weil ich ein Gegner bin jener samtpfotigen Diplomatensprache, die die Probleme verschleiert, statt sie beim Namen zu nennen;
- weil mir etwas liegt an Verständlichkeit, ohne irgendeinen Anspruch auf «Wahrheit»: es sind subjektive, kantige, dann und wann überzeichnete, sicher nicht «ausgewogene» Randbemerkungen. Ich mute Ihnen bewusst mehr zu als das landesübliche Mass an kritischen Fragen.

Aber, so hoffe ich, in einem Punkt sind wir uns einig. Die Frage nach der inneren Substanz unserer Demokratie stellt sich, sie *muss* unser Thema sein. Wir haben uns ihr zu stellen – offen, ehrlich, unbefangen. Wir können uns der Fragestellung entziehen, indem wir vor ihr davonlaufen – entrinnen können wir ihr nicht.

II Wovon auszugehen ist

Ich möchte die Fragestellung einbetten in ein paar allgemeine Feststellungen.

Zunächst: Welches sind denn eigentlich die Rahmenbedingungen unserer Existenz in diesem Orwell'schen Jahr 1984?

Ein paar Stichworte:

- Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Welt endlich ist, die natürlichen Ressourcen begrenzt und dass dieser Planet unaufhaltsam seiner Selbstzerstörung entgegenschlittert, wenn wir nicht weltweit zu einer Ordnung des gerechten Ausgleichs finden;
- wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass der «Fortschritt», dem wir – unbestreitbar – vieles verdanken, gleichzeitig ein Prozess von zerstörerischer, destruktiver Dynamik ist;
- wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir die sogenannten «Segnungen der Zivilisation» teuer erkaufte haben – mit der immer stärkeren Einengung unseres

natürlichen Lebensraums, mit dem Verlust von Lebensqualität, der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt;

- wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir – auf der Jagd nach Konsum und Profit und Prestige – die Menschlichkeit des Menschen haben verkümmern lassen: «Haben» statt «Sein», die tägliche Rücksichtslosigkeit als Bedingung des Überlebens;
- wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Krise der Wirtschaft (die Rezession wirkt als Trauma hier nach) auch etwas zu tun hat mit der Krise des Bewusstseins, die Grenzen des Wachstums ganz offensichtlich etwas mit den Grenzen der Freiheit, die politische Entmündigung und kulturelle Verarmung etwas mit der ökonomischen Unterwerfung und Disziplinierung.

Wenn ich nun den Blick verenge auf die Schweiz, wird mir – offen gestanden – auch nicht heiter zumute:

Ich denke an das immer krasser zutage tretende Ausmass der Unliberalität, an die Trendwende hin zum Neo-Konservatismus, von Peter Sloderdijk auf die einfache Formel gebracht: «Reflexionsstopp und feste Werte» («Kritik der zynischen Vernunft»). Ich meine damit jenen Konservatismus, der am liebsten überhaupt keine kritische Verständigung über Probleme mehr zulassen möchte. Denken ist für diese Kreise eine Art Krankheit, die dort grassiert, wo nicht konform gedacht wird.

Ich denke an die Massenmedien als Projektionen des eigenen Unbehagens, so als wären sie verantwortlich für das Elend und die konstatierten Widersprüchlichkeiten dieser Zeit. Dabei wissen wir: Die Realität ist zwar eine einzige Beleidigung unserer Sehnsucht nach Harmonie, aber es wäre töricht, darüber die Massenmedien als die «Überbringer schlechter Botschaften» zum Sündenbock zu machen. Die Massenmedien widerspiegeln nicht ein Zerrbild der Wirklichkeit. Die Massenmedien widerspiegeln eine Wirklichkeit, die in vielem selbst zum Zerrbild geworden ist – mit ihrem Verlust des Gleichgewichts, dem Kult des Banalen und ihrem ganzen Arsenal an Ersatzbefriedigungen.

Ich denke an die Diffamierung Andersdenkender, an die Verketzerung des Kritischen als extremistisch, patriotisch unzuverlässig, an die Kopfjägerei gegen unbequeme Mitbürger, an die Disqualifizierung des demokratischen Protests als Unbotmässigkeit gegen «oben».

Ich denke schliesslich an die sanfte Repression, an den wachsenden Konformitätsdruck: Wo wir hinsehen, werden die Schrauben angezogen. Gefragt ist wieder der Angepasste, der Ja-Sager, der Duckmäuser, nicht der Widerborstige – nicht der, der wider den Stachel lökt.

Sicher, diese Symptome für eine beschädigte demokratische Kultur sind in der Schweiz gleichsam wie in Watte verpackt, es ist bei weitem nicht so dramatisch wie anderswo. Virulent wird vieles hierzulande erst gar nicht, und wenn, dann scheint es das vordringlichste Bemühen der politisch Verantwortlichen zu sein, das, was aufgebrochen ist, zuzudecken. Und was ausser Landes geschieht, geschieht für uns ohnehin nicht wirklich: «Zwar teilen wir ab und zu die Sorgen der Welt, aber es sind letztlich nicht unsere Sorgen.» (Peter Bichsel)

Und wenn es dann doch zu einem Eclat kommt, reagieren wir mit einer Mischung von Ratlosigkeit und Hysterie. Denken Sie zum Beispiel an die Jugendunruhen: Das kommt uns – oder zumindest vielen von uns – heute fast schon vor wie eine historische Reminiszenz. Dabei ist keines der Probleme, die sich damals in einer eruptiven Welle von Gewalt Luft verschafften, heute gelöst. Ohne sie zu billigen: Die Gewalt

haben wir kriminalisiert und nicht einsehen wollen, dass jene Gewalt in ihrer Wurzel ein Notschrei war, der Ausdruck einer existentiellen Verzweiflung: die Zerstörung von Sachen als das Resultat der Zerstörung von Menschen. Dabei kommt mir der Satz von Alexander Mitscherlich in den Sinn:

«Die tiefste Wurzel der Aggressivität ist die Enttäuschung der Hoffnung, geliebt, verstanden, geachtet zu werden.»

Wir aber sind zur Tagesordnung übergegangen. Dabei lässt sich unschwer absehen: Es ist eine Frage der Zeit, bis die Probleme uns wieder einholen. Die Ruhe ist trügerisch.

III Die Legitimitätskrise der Demokratie

Es ist unübersehbar: Dieser Staat steckt in einer tiefsitzenden Identitäts- oder auch Legitimitätskrise.

Der deutsche Staatsrechtler Martin Kriele hat das Problem einmal so umschrieben: «Unter den Bedingungen des modernen demokratischen Verfassungsstaats basiert die Legitimität auf der Überzeugung, dass Staat und Verfassung im grossen und ganzen vernünftig begründet sind, weil sie die verhältnismässig günstigsten Voraussetzungen für Friede, Freiheit und Gerechtigkeit bieten und deshalb jeder Alternative vorzuziehen sind. Legitimitätsprobleme entstehen, wenn daran Zweifel auftauchen.» (Legitimitätsprobleme der BRD, 1977)

Was Kriele mit Blick auf die Bundesrepublik meinte, gilt auch für die Schweiz: Es gibt diese Zweifel an der Legitimität unserer Demokratie. Denn was stellen wir fest?

- eine wachsende Kluft zwischen Regierenden und Regierten: Die alarmierend sinkende Kurve der Stimm- und Wahlbeteiligung ist dafür ein überdeutliches Indiz; die 52,7% des vergangenen Wochenendes dürften da wohl die Ausnahme bleiben. (Und es hat vermutlich damit zu tun, dass mit der Zivildienstvorlage die Armee im Spiel war, respektive der Denkmäler, den es «fragwürdigen Elementen» zu verpassen galt!)

Auf einen knappen Nenner gebracht: Eine Demokratie, die bei Wahlen und Abstimmungen von immer weniger Bürgern getragen wird, läuft Gefahr, zur Diktatur stets wechselnder Minderheiten zu werden;

- ein Gefühl der Ohnmacht auf seiten des Bürgers: das Gefühl, von einem bürokratisierten und technisierten Staat verwaltet zu werden, der nicht in der Lage ist, Geborgenheit, Sicherheit und eine Perspektive zu geben;
- eine zunehmende politische «Dienstverweigerung» (und sie ist um einiges brisanter als jene, die wir am vergangenen Wochenende als Problem ein weiteres Mal auf die lange Bank geschoben haben);
- einen verstärkten Trend zum Rückzug in die private «heile» Welt: die Kultivierung der eigenen Sensibilität, um mit den wirklichen Fragen gar nicht erst konfrontiert zu werden;

alles in allem also:

- eine zunehmende Apathie, Teilnahmslosigkeit, Resignation gegenüber der «res publica».

Diese Staatsverdrossenheit greift besonders um sich bei den Angehörigen der sozial unteren Schichten. Nach der Studie von Neidhart/Hoby gehen regelmässig an die Urnen:

- 56% der Arbeitgeber und freiberuflich Tätigen

- 43% der Angestellten und Gewerbetreibenden

● 24% der Arbeiter.

Das heisst aber doch nichts anderes (und es ist dies ein alarmierender Befund), dass

«die Bereitschaft, an Urnengängen teilzunehmen, umso grösser ist, je höher die Schicht, zu der man gehört, sozial eingestuft wird.» (Neidhart/Hoby)

Mit anderen Worten:

Die Arbeiter – und ohne klassenkämpferischen Jargon wird man sagen müssen: es sind dies die vom politisch-wirtschaftlichen System, in dem wir leben, nicht sonderlich Privilegierten – die Arbeiter haben offensichtlich den Glauben verloren, mehr als andere jedenfalls, durch die Wahrnehmung ihres Stimm- und Wahlrechts in dieser Demokratie konkret etwas verändern zu können (weil eben – so oder so – die herrschende Ordnung die Ordnung der Herrschenden bleibt).

Am Rande sei hier noch auf eine seltsame Paradoxie hingewiesen: Politische Aktivität gilt in der Schweiz – zu Recht – als Bürgertugend. Wer aber die ausgetretenen Pfade unserer Parteiendemokratie verlässt und auf eher unkonventionelle Art politisch aktiv wird (zum Beispiel in politischen Randgruppen oder Bürgerbewegungen) wird recht unmissverständlich, mitunter sogar repressiv, diszipliniert.

Das Unbehagen ist nicht zu leugnen. Der Schöpfer des Begriffs «helvetisches Malaise» – Max Imboden – hat es vor rund 20 Jahren so formuliert, und ich glaube nicht, dass sich das Problem in der Zwischenzeit entschärft hat:

«Noch bleibt die Haltung des Bürgers weit von der offenen Ablehnung entfernt; aber das selbstverständliche Einvernehmen mit der politischen Umwelt und ihrer Form, der Demokratie, ist zerbrochen.»

IV Das «helvetische Malaise» – was liegt ihm zugrunde?

Ein Erklärungs-Versuch

Ich sehe fünf Wurzeln:

1. Die Politik als «abgekartetes Spiel»
2. Die fehlende Attraktivität des politischen Systems
3. Die fehlende Transparenz des politischen Systems
4. Der überforderte Bürger/das überforderte Parlament/der überforderte Staat
5. Die fehlende Glaubwürdigkeit der praktizierten Politik.

Zu den einzelnen Punkten:

1. Die Politik als «abgekartetes Spiel»

- Sie kennen die Sentenz: «Die da oben» machen sowieso, was sie wollen: das Gefühl der Ohnmacht, des Misstrauens (die da oben – wir da unten);
- Politik als Dreckgeschäft: «Politik ist eine Hure, die käuflich ist und den Charakter verdirbt».

An dieses Zitat erinnerte ich mich beim Blättern in einem Handbuch «Wahlkampf von A bis Z». Da steht z.B. zu lesen: «In der Vorwahlzeit ist den Betreuern von Behinderten besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da deren politischer Einfluss nicht selten bedeutend ist.» Hingegen: «Nicht-Stimmberechtigte Minoritäten können meistens vernachlässigt werden.» Oder an anderer Stelle der Wahlkampf-Fibel:

«Die Magie des Politikers und seiner Partei liegt im vermuteten Machtanteil, den sie verwalten. Deshalb ist es sehr wichtig, dass sie diesen Machtanteil ab und zu durchblicken lassen. Es genügt ein Gespräch mit Andeutungen über eine politische Entwicklung und deren Hintergründe, bedeutende politische Freunde, auch die Nicht-

verfügbarkeit wegen dringender Probleme in Bern. Bestellen sie die Menschen – freundlich – im Prinzip zu sich.» Der Verfasser des Elaborats: Hanspeter Graf, Pressechef der SVP.

Erstaunlich der Zynismus, mit dem hier verlogener Opportunismus von einem – bürgerlichen! – Pressechef einer Bundesratspartei als Maxime politischen Handelns angepriesen wird.

Und da wundern wir uns noch, wenn vielen Bürgern der Staat als Popanz erscheint, als Tinguely-Maschine zur Befriedigung von (Sonder-)Interessen und Politik als ein Machtkartell der Starken, die sich gegenseitig die grossen Happen zuspielen (Politik als Monopoly-Spiel, als Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln).

Arnold Künzli hat es so formuliert: «Solange der Bürger am Arbeitsplatz und in den grossen gesellschaftlichen Organisationen weitgehend ein Untertan bleibt und gleichzeitig erfahren muss, dass eben diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen in zunehmendem Masse Staat und Politik bestimmen, solange ist er kaum für eine aktivere Partizipation an den politischen Institutionen zu motivieren.»

2. Die fehlende Attraktivität des politischen Systems

Vorbemerkung: Hinter uns liegt – im Zusammenhang mit der Nichtwahl von Frau Uchtenhagen in den Bundesrat – eine heftige Diskussion um die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokratie.

Aus meiner persönlichen Sicht hätte diese Diskussion weniger unter personellen Aspekten als vielmehr unter Einbezug von Grundfragen unseres politischen Systems diskutiert werden müssen. Ich verhehle auch nicht, dass – wiederum aus meiner ganz persönlichen Sicht – durch den Entscheid des a.o. Parteitages der SPS in zweifacher Hinsicht eine Chance verspielt worden ist:

- Die SPS einerseits wird weiter mit dem nicht-aufhebbaren Dilemma leben müssen, auf Bundesebene gleichzeitig Regierungspartei und Opposition sein zu wollen (mit dem Resultat, effektiv keines von beidem zu sein).
- Das politische System der Schweiz andererseits ist damit der Möglichkeit beraubt worden, durch die Etablierung klarerer politischer Grenzziehungen – hier ein bürgerlicher Bundesrat, dort eine Sozialdemokratie in loyal-konstruktiver Opposition – die offensichtlich gewordene Erstarrung der Konkordanz zu überwinden, und damit dem Bürger wieder vermehrt das Gefühl zurückzugeben, Politik sei mehr als ein sich selbst regulierendes Macht-Kartell, in welchem die Positionen austauschbar sind und die Konflikte schein-harmonisch übertüncht werden.

Damit ist gesagt: Auch wenn ich überhaupt nicht in Abrede stellen will, dass wir dem spezifisch schweizerischen Regierungssystem – charakterisiert durch Konkordanz und Kollegialität im Rahmen einer Grossen Koalition, was nichts anderes heisst, als die proportionale Verteilung der Regierungsgewalt auf die grossen Parteien – ein hohes Mass an innerer Stabilität verdanken (und auch diese sei hier ausdrücklich nicht verteufelt!), kann auf der anderen Seite nicht geleugnet werden, dass genau dieses System mitverantwortlich ist für das «Malaise».

«Die parlamentarisch-demokratische Apparatur, eingespielt auf Kompromiss in Permanenz, erzieht nicht nur zur Toleranz, was ja eine humane Qualität wäre; mehr noch erzieht sie zur Resignation, zur Preisgabe jeder Utopie. Unter Demokratie-Praktikern ist Utopie das schlichte Synonym für Hirngespinnst.» (Max Frisch)

Fazit:

94 Politik ereignet sich im schweizerischen politischen System bei Windstille. Die äus-

seren Kennzeichen sind Langeweile, Routine, eine schon fast enervierende Bedächtigkeit. Und all dies verstärkt, was in einer Konkordanz-Demokratie ohnehin angelegt ist: die Innovationsschwäche. Das schweizerische politische System ist bekanntlich nur noch zu sehr bescheidenen Innovationsschritten fähig. Gleichzeitig aber steigt der Problemlösungsdruck unaufhaltsam. Resultat: Eine gravierende Überbelastung des Systems, was seine Innovationsschwäche zusätzlich verstärkt (weil ein überbelasteter Staat immer reform- und innovationsfeindlich ist).

So verkommt im Effekt Politik zur rein defensiven, reaktiven Feuerwehrübung – der Pragmatismus wird zum politischen Allheilmittel.

3. Die fehlende Transparenz des politischen Systems

Der Bürger «spürt» den Staat immer mehr als eine Instanz, die ihn verplant, reglementiert, plagt und diszipliniert, aber er «sieht» den Staat nicht mehr. Der Staat erscheint ihm, dem Bürger, als ein bürokratischer Popanz, als ein undurchdringbarer Dschungel von Machtfäden und Kompetenzen.

Und die Parteien? Sie haben an ordnungspolitischer Kraft ganz offensichtlich verloren. Für den Bürger sind sie in erster Linie reine Machterwerbs- und Machterhaltungs-Strukturen geworden. Brisante Themen wie Umweltschutz, Frieden, Rüstungsexplosion sind von den Parteien nicht rechtzeitig als Themen erkannt worden. Und die Parteien bekommen es zu spüren: die Bürger laufen ihnen davon. Diese Aufsplitterung der politischen Kräfte verstärkt die Intransparenz zusätzlich und schafft ein Legitimitätsproblem besonderer Art:

«Wenn die ökologischen Bestrebungen, die jetzt hauptsächlich quer zu den traditionellen Parteien verlaufen, nicht ins Parteien-System integriert und in der Politik «abgebildet» werden können, könnte eine Kluft zwischen der Mehrheit und einer sich immer mehr abkapselnden, verfestigenden Minderheit entstehen und zu schwerwiegenden Konflikten führen.» René A. Rhinow (TA, 9.2.1984)

Die fehlende Transparenz ist aber auch das Resultat des in der Schweiz besonders ausgeprägten Phänomens der Rollen-Kumulation:

Hohe Funktionen in Armee, Wirtschaft, Politik werden sehr oft in Personalunion wahrgenommen, wobei das daraus sich entwickelnde Beziehungsgeflecht in hohem Masse korruptionsgefährdet ist.

«Hier, in dieser bis zur Undurchsichtigkeit getriebenen Verfilzung und faktischen Absicherung des rechtsbürgerlichen Status quo durch Staat, Wirtschaft, Armee und Gesellschaft, die alles unter einer Decke erscheinen lässt, liegt der Hauptgrund für das heutige Misstrauen im Staat.» Hans Tschäni («Demokratie auf dem Holzweg»)

4. Der überforderte Bürger/das überforderte Parlament/der überforderte Staat

a) Der überforderte Bürger:

Der Bürger ist heute doppelt überfordert:

- quantitativ (immer mehr Probleme bedrängen ihn)
- qualitativ (mit immer schwierigeren Problemen sieht er sich konfrontiert).

Die Reaktion: ein Gefühl der Ohnmacht, und – daraus abgeleitet – Verweigerung, Davonlaufen, Flucht aus der Verantwortung, oder einfach Resignation.

b) Das überforderte Parlament:

«Zeitnot, Sachkundenot und Bewertungsnot» bescheinigt unserem Miliz-Parlament der Basler Staatsrechtler Eichenberger.

Sicher ist: Die Miliz-Ideologie hat sich im Verlaufe der Jahre immer stärker als Fiktion erwiesen; in Wirklichkeit bedeutet ein parlamentarisches Mandat heute ein halbes berufliches Pensum.

Die Konsequenz: Wir haben zwei Klassen von Parlamentariern – diejenigen, die es sich leisten können, im Parlament Einsitz zu nehmen (vor allem also die Interessenvertreter mit der entsprechenden Lobby im Rücken), und die anderen, deren berufliche Situation den Luxus parlamentarischer Tätigkeit nicht zulässt. So kommt es, dass unser Parlament heute nur noch bedingt repräsentativ ist (man denke nur an die Tatsache, dass ein einziger! Arbeiter im Parlament vertreten ist).

Die Folge der offensichtlichen «Zeitnot, Sachkundenot und Bewertungsnot»: eine gravierende Schwächung des Parlaments, das seine eigentliche Funktion – die Aufsicht über Regierung und Verwaltung – kaum noch wahrnehmen kann. Das Parlament ist weitgehend zur Sanktions- und Akklamationsinstanz für bereits gefallene Entscheide geworden.

c) Der überforderte Staat:

Charakteristisch für unsere Zeit ist ein gigantisches Wachstum der Staatsaufgaben, als Folge einer hemmungslosen Inflation der Ansprüche; dabei sind just jene, für die die «freie Marktwirtschaft» das Mass aller Dinge ist und die bei jeder Gelegenheit erklären, es gelte, den Staat zurückzudämmen, die ersten, die nach dem Staat schreien, wenn Sand ins Getriebe der Marktkräfte geraten ist.

Ein überforderter Staat, der sich der Probleme und Ansprüche nicht mehr erwehren kann, ist aber immer ein konservativer Staat, der vor lauter «Feuerwehrrübungen» eine in die Zukunft gerichtete Politik zwangsläufig nicht umsetzen kann. Das Wesentliche wird verdrängt, und das Kleinliche beherrscht die Szene.

5. Die fehlende Glaubwürdigkeit der praktizierten Politik

Was ist damit gemeint?

Ich meine damit das Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit, die Diskrepanz von Worten und Taten, besonders augenfällig in der schweizerischen Konzeption der Aussenpolitik – auf einen einfachen Nenner gebracht: Neutralität / Solidarität / Disponibilität / Universalität als Legitimationskrücken für eine Politik des kurzsichtigen und egoistischen Kalküls. Aussenwirtschaftspolitik als die wirkliche Aussenpolitik, statt Aussenpolitik als «Welt-Innenpolitik» (Carl F. von Weizsäcker), wobei wir als kleines, reiches, privilegiertes Land vermehrt bereit sein müssten, Verantwortung zu übernehmen.

Ich denke auch an den Waffenexport, wo der Widerspruch zwischen unserer humanitären Tradition, auf die wir mit Recht stolz sind und auf die wir uns so gern berufen, und der realen Politik besonders krass sichtbar wird.

Ich denke schliesslich an das notorische Kokettieren mit dem «Sonderfall Schweiz», statt dass wir endlich zur Kenntnis nehmen, dass global keine Nachfrage mehr besteht nach einer Schweiz, die sich als Sonderfall begreift.

Die Schweiz ist ein kleiner Teil eines grossen Ganzen, praktisch in allen Belangen von aussen abhängig; im weltweiten Kontext ist nationalstaatliche Souveränität nicht viel mehr als eine nostalgische Reminiszenz.

Tatsache ist: Die Schweiz braucht die Welt mehr, als die Welt die Schweiz braucht. Es gibt kein nationales, egoistisch interpretiertes Eigeninteresse der Schweiz *gegen* das globale Interesse der Weltgemeinschaft.

V Demokratie – Realität oder nur Dekoration?

Ich möchte die Antwort offen lassen, weil sie sich nicht schwarz-weiss beantworten lässt.

Eines immerhin habe ich versucht deutlich zu machen: die Krise unseres politischen Systems, unserer Demokratie, scheint mir offensichtlich zu sein. Die Gefahr besteht effektiv, dass die Demokratie schweizerischer Prägung, obwohl – oder gerade weil – sie nach aussen so reibungslos, fast perfekt funktioniert, von innen her ausgehöhlt wird.

«Ich befürchte, dass unsere Demokratie, vergleichbar einem phosphatgesättigten See, im Begriffe ist, zu kippen, zu kippen ins Totalitäre, ganz sanft, heute, jetzt.» (Otto F. Walter)

Damit wir uns nicht missverstehen:

Persönlich sehe ich keine Alternative zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft (im real existierenden Sozialismus schon gar nicht) – aber ich sehe auch nicht, dass wir diese Gesellschaft noch lange als «demokratisch» bezeichnen dürfen, wenn die Symptome der inneren Auszehrung weiter zunehmen.

Dennoch: Ich halte fest am «Prinzip Hoffnung». Allerdings ist diese Hoffnung gekoppelt an gewisse Bedingungen.

Was ist gefordert?

In erster Linie eine glaubwürdig praktizierte Politik der Solidarität im Innern und nach aussen. Damit meine ich eine Politik, die sich am gesellschaftlichen Gesamtinteresse orientiert statt an Partikularinteressen.

Eine solche Politik verlangt nach einer konsequenten Re-Demokratisierung der Institution und Instrumente (ich denke da an eine Parlamentsform ebenso wie – zum Beispiel – an eine Überwindung der Demokratie-Verhinderung beim Abstimmungsverfahren über Initiativen).

Kurz: gefordert ist eine «andere» Politik.

Politik darf nicht länger nur «Krisen-Management» sein; Politik muss vermehrt Probleme vorausschauend – d. h. bevor sie virulent werden – kanalisieren und Lösungen entgegenführen. Und Politik muss immer ihre Wert-Grundlagen deutlich machen, d. h., sie muss politisch-moralisch kohärent sein. Es darf keine «Tagespolitik» geben ohne Wert-Fundament, das sich am Interesse *aller* orientiert, mit einer klaren Ausrichtung auf die Zukunft. Die administrative Verwaltung des Staatswesens ist noch keine Politik.

Noch einmal: Das «Malaise», das wir als Symptom für eine tiefsitzende und umfassende Krise ernstnehmen sollten, kann nur überwunden werden durch Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Demokratie – durch konkret glaubwürdige Taten, durch Förderung der Partizipation des Bürgers, durch Transparenz der politischen Prozesse und durch die Redlichkeit seiner Repräsentanten.

Abschliessend drei Fussnoten:

1. Politisches Engagement wurzelt in der Überzeugung,
 - dass die Dinge veränderbar sind (Alles, was ist, ist der Veränderung unterworfen. Politik machen heisst unter anderem auch, die Richtung der Veränderung mitzubestimmen.);
 - dass die Dinge veränderungsbedürftig sind (Nichts ist, nur weil es ist, gut oder richtig. Was sich nicht verändert, erstarrt. Und eine Politik des Status quo ist letztlich reaktionär.).
2. Veränderung ist nur möglich durch Engagement. Weder der Rückzug in die private Welt, noch das Sektierertum in kleinen Zirkeln führt uns weiter. Und Resignation ist schon gar keine verantwortbare Haltung.

3. Wenn in diesem Referat von «Demokratie» die Rede war, dann nicht im Sinne einer abstrakten Grösse. Ich meine damit die ganze konkrete Ordnung, die wir uns gegeben haben und für die wir alle Mitverantwortung tragen.
Das Ziel bleibt die reale, lebendige Demokratie – die Utopie einer Gesellschaft solidarischer Menschen.
Dass es möglich ist, dieser Utopie mit Leidenschaft und Beharrlichkeit Schritt um Schritt näher zu kommen – davon bleibe ich überzeugt.

Informationen

Internationale Kinderzeichnungsausstellung

Für die 26. Internationale Kinderzeichnungsausstellung in Seoul (Süd-Korea), die im September 1984 stattfinden wird, sind die Schweizer Kinder zur Teilnahme eingeladen worden. Ziel der Ausstellung ist die Förderung der Freundschaft und Verständigung unter Kindern. Die besten Arbeiten werden mit Medaillen und Zertifikaten ausgezeichnet.

Teilnahmebedingungen

1. Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren
2. Thema: frei
3. Ausführung: Bleistift, Ölfarbe, Wasserfarbe, Collage, Handdruck, usw.
4. Format: maximum 45 × 55 cm; nur eine Arbeit pro Teilnehmer
5. Folgende Angaben müssen auf der Rückseite *in englischer Sprache* und *in Druckbuchstaben* gemacht werden:
 - a) Name und Vorname
 - b) Alter und Geschlecht
 - c) Genaue Adresse der Schule und Name des Klassenlehrers
 - d) Titel der Zeichnung
 - e) Nationalität
 - f) Vermerk «Koreanische Kinderzeichnungsausstellung»
6. Die eingesandten Werke können nicht mehr zurückgegeben werden.

Die Arbeiten müssen bis spätestens *25. Juni 1984* an folgende Adresse gesandt werden:

Nationale Schweizerische UNESCO-Kommission, Eidg. Departement
für auswärtige Angelegenheiten, Eigerstrasse 71, 3003 Bern.

Neue Tonbildschau über Heimat- und Naturschutz

Rund 60000 Schüler verkaufen alljährlich den traditionellen Schoggitaler für den Natur- und Heimatschutz. Was aber sind eigentlich die Aufgaben dieses Natur- und Heimatschutzes? Welche konkreten Projekte hat er realisiert? Über diese Fragen orientiert eine attraktive Tonbildschau, die als Unterrichtsmittel leihweise beim
98 *Talerbüro des Natur- und Heimatschutzes bezogen werden kann.*